WIR IN BERLIN

SPD

INFORMATIONEN DER THÜRINGER SPD-ABGEORDNETEN IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Für Thüringen in Berlin: die Bundestagsabgeordneten Iris Gleicke, Steffen-Claudio Lemme und Carsten Schneider (von links).

DIE GESELLSCHAFT ZUSAMMENHALTEN

DIE SPD SETZT SICH DURCH: FÜNF MILLIARDEN EURO JÄHRLICH FÜR EIN SOZIALES DEUTSCHLAND

DIE SPD ORGANISIERT DEN SOZIALEN ZUSAMMENHALT IN DEUTSCHLAND

Mit dem „Solidarprojekt“ sollen die Integrationsaufgaben besser bewältigt werden

Die SPD hat im Bund Entscheidendes für die Thüringerinnen und Thüringer durchgesetzt. Neben der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren, Milliardeninvestitionen in Kitas, Schulen und Universitäten und einer Verbesserung der Bedingungen in der Kranken- und Altenpflege ist hier vor allem der Mindestlohn zu nennen, der für rund 200.000 Menschen in Thüringen deutlich mehr Lohn bedeutet. Höhere Löhne führen zu höheren Renten. In diesem Jahr steigen die Altersrenten im Osten mit fast sechs Prozent deutlich stärker als im Westen.

Aber die große Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverhältnisse in unserem Land darf nicht weiter zu sozialer Spaltung führen. Deshalb hat die SPD mit ihrem „Solidarpakt“ in den laufenden Haushaltsberatungen darauf reagiert. Er soll sich an alle richten: an die, die neu zu uns kommen, aber eben auch an die, die schon hier leben und für die oft genug trotz harter Arbeit am Ende des Monats nur wenig übrig bleibt. Das ist nicht nur eine Frage der Sozialpolitik. Es geht um Teilhabe, Chancengerechtigkeit und um den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. 20 Milliarden Euro mehr fließen bis 2020 in den sozialen Wohnungsbau, in die frühkindliche Bildung und in Maßnahmen der Integration und Arbeitsmarktförderung. Das hat die Sozialdemokratie durchgesetzt – gegen den Widerstand der zerstrittenen Unionsparteien.

Überall in Europa schwindet das Vertrauen der Menschen in die Problemlösungskompetenz der demokratischen Institutionen. Es ist die drängendste Aufgabe unserer Zeit, diesem Pessimismus eine glaubhafte und erstrebenswerte soziale Idee entgegenzusetzen. Dabei dürfen wir nicht der verbreiteten Illusion aufsitzen, dass der Weg zu einer freien, gerechten und solidarischen Welt mit nationalstaatlichen Scheuklappen gelingen könnte. Diese gefährliche Realitätsverkennung vollziehen bereits andere Parteien zur Genüge. Nationaler Populismus, der in Deutschland von der AfD bis hin zu Teilen der Linken bedient wird und in Ungarn oder Polen bereits die europäische Solidarität zerstört, kann im 21. Jahrhundert keine tragfähige Grundlage mehr sein, um eine bessere Zukunft für die nächsten Generationen zu erstreiten.

Die jüngsten Enthüllungen der so genannten „Panama Papers“ zeigen: Wir brauchen schärfere Gesetze gegen Steuerbetrug und die Möglichkeiten, Unternehmensbeteiligungen mit Hilfe von Briefkastenfirmen zu verschleiern. Um international operierende Konzerne in die Pflicht zu nehmen, ihre Steuern auch zu bezahlen, brauchen wir internationale Regelungen und schärfere Gesetze in der EU. Steuerbetrug und von Staaten wie Panama betriebene Steuervermeidung sind Betrug an der Gemeinschaft. Deshalb müssen wir dem unfairen Steuerwettbewerb ein Ende setzen und Steueroasen trockenlegen.

Der alte Kampf für eine soziale Demokratie ist längst nicht zu Ende. Aber er ist in der heutigen Zeit zu führen: europäisch, weltoffen und leidenschaftlich!

INFOS ZUM SOLIDARPROJEKT

Mit dem Haushalt für 2017 werden die Weichen gestellt für ein neues Solidarprojekt für Deutschland. Fünf Milliarden Euro pro Jahr stehen bis 2020 bereit für Integration und den Zusammenhalt der gesamten Gesellschaft:

- 2,2 Milliarden Euro für aktive Arbeitsmarktpolitik für Flüchtlinge und Langzeitarbeitslose in Deutschland,
- Verdreifachung der Mittel für Wohnungsbau und Städtebau um 800 Millionen auf 1,8 Milliarden Euro,
- in 2017 weitere 450 Millionen Euro und ab 2018 je 500 Millionen Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung und für Initiativen gegen Rechtsextremismus,
- eine Milliarde Euro für Sprachförderung und Integrationskurse,
- 180 Millionen Euro (jährlich aufwachsend) für eine Solidarrente, um Beschäftigten eine Mindestrente oberhalb der Sozialhilfe zu garantieren,
- Mittel für das Bundesteilhabegesetz zur besseren Unterstützung von Menschen mit Behinderung.

STRENGERE REGELN FÜR LEIHARBEIT UND WERKVERTRÄGE

Stärkung der Informationsrechte des Betriebsrates

Werkverträge und Leiharbeit sind sinnvolle Elemente des Arbeitsmarktes, wenn sie Betrieben erlauben, in Hochzeiten der Produktion mehr Menschen zu beschäftigen. Soweit die Theorie. In der Praxis ist der Einsatz von Werkverträgen und Leiharbeit häufig zur Dauereinrichtung geworden. Festangestellte werden durch billigere Leiharbeiter ersetzt und Kernaufgaben per Werkvertrag extern an Scheinselbstständige vergeben, um die Löhne zu drücken. In den Betrieben entstehen dadurch Beschäftigte zweiter und dritter Klasse. Leiharbeiter und über Werkverträge Beschäftigte bekommen weniger Lohn, haben schlechtere Arbeitsbedingungen und weniger Rechte.

Für uns als SPD ist das nicht hinnehmbar. In der Leiharbeit wollen wir die Überlassung von Arbeitnehmern an einen Entleiher auf 18 Monate begrenzen. Außerdem sollen Leiharbeitnehmer künftig spätestens nach neun Monaten das Gleiche verdienen wie der Stammarbeitnehmer. Der Einsatz von Leiharbeitern als Streikbrecher soll verboten werden.

Steffen-Claudio Lemme, SPD-Bundestagsabgeordneter für den Kyffhäuserkreis, Sömmerda und das Weimarer Land

FOTO: ANJA SCHNABEL

Künftig soll es zudem nicht mehr möglich sein, unter dem Titel „Werkvertrag" de facto Leiharbeiter zu schlechteren Konditionen zu beschäftigen. Betriebsräte sollen mehr Mitsprachemöglichkeiten erhalten, auch beim Einsatz von Werkvertragsnehmern in der Firma. Bisher geht deren Einsatz meist völlig am Betriebsrat vorbei, weil sie über die Einkaufsabteilung der Unternehmen beauftragt werden und das Personalbüro meist gar nicht beteiligt ist. Hier will die SPD per Gesetz für klare Mitbestimmungsrechte sorgen.

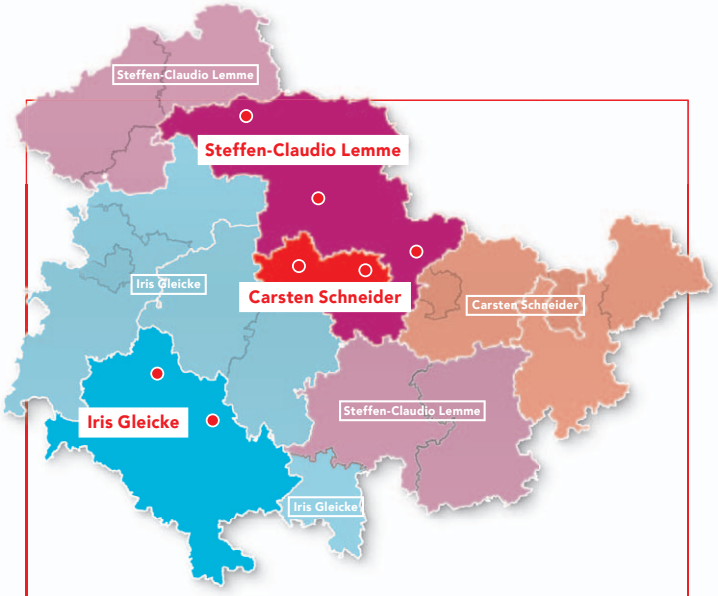
Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode in Kraft treten kann. Gesetzliche Regelungen für Leiharbeit und Werkverträge wären das vierte große arbeitsrechtliche Vorhaben nach der Rente mit 63, dem Mindestlohn und dem Tarifeinheitsgesetz, das auf Drängen der SPD umgesetzt wird. Nachdem die CDU/CSU den Gesetzentwurf lange blockiert hat, ist er jetzt in der Ressortabstimmung und wird hoffentlich bald das parlamentarische Verfahren erreichen.

FAHRPLAN FÜR ANGLEICHUNG DER OSTRENTE MUSS HER

Aufstockung von niedrigen Renten

Zum 1. Juli 2016 steigen die Bezüge der Ostenrentner um 5,95 Prozent. Mit der Rentenerhöhung steigt damit auch der Rentenwert Ost, der dann bei 94,1 Prozent des Westwertes liegt. Daraus lässt sich jedoch nicht ableiten, dass nun keine weiteren Schritte notwendig sind, um den Rentenwert Ost an den Rentenwert West anzugleichen. Auch nach über 25 Jahren gibt es beim Thema Rente noch keine Gerechtigkeit. Um das im Koalitionsvertrag festgeschriebene Ziel, die Rentenangleichung Ost bis 2019 abzuschließen, werden wir als ostdeutsche SPD-Bundestagsabgeordnete dafür kämpfen, dass noch in diesem Jahr eine gesetzliche Regelung zur Rentenüberleitung in den Bundestag eingebracht wird. Eine Angleichung sollte in Zwischenschritten in den Jahren 2017, 2018 und 2019 erfolgen.

Zudem wollen wir die solidarische Lebensleistungsrente einführen, die Arbeitnehmer, die über viele Jahre in die Rentenkasse eingezahlt haben, mit einer auskömmlichen Rente vor Altersarmut schützt.



Konkrete Hilfe vor Ort – Die Büros der SPD-Bundestagsabgeordneten

IRIS GLEICKE

www.iris-gleicke.de

Wahlkreis: Suhl – Schmalkalden-Meiningen – Hildburghausen
Betreuungswahlkreise: Eisenach – Wartburgkreis – Unstrut-Hainich-Kreis II, Gotha – Ilmkreis und Kreis Sonneberg

Büro Suhl (Heidrun Sachse):
Würzburger Straße 3, 98529 Suhl
Telefon: (03681) 30 38 59
E-Mail: iris.gleicke.wk@bundestag.de

Büro Schmalkalden (Dieter Schmidtke):
Weidebrunner Gasse 8, 98574 Schmalkalden
Telefon: (03683) 46 78 30
E-Mail: iris.gleicke.wk02@bundestag.de

STEFFEN-CLAUDIO LEMME

www.steffen-lemme.de

Wahlkreis: Kyffhäuserkreis – Sömmerda – Weimarer Land I
Betreuungswahlkreise: Eichsfeld – Nordhausen – Unstrut-Hainich-Kreis I, Kreis Saalfeld-Rudolstadt und Saale-Orla-Kreis

Büro Sömmerda (Heike Hopfe-Arnold):
Weißenseer Straße 27, 99610 Sömmerda
Telefon: (03634) 31 71 61
E-Mail: steffen-claudio.lemme.wk@bundestag.de

Büro Sondershausen (Anne Bressem):
Hauptstraße 7, 99706 Sondershausen
Telefon: (03632) 54 28 99
E-Mail: steffen-claudio.lemme.wk02@bundestag.de

Büro Apolda (Jörg Esser):
Goerdelerstraße 14, 99510 Apolda
Telefon: (03644) 51 44 35
E-Mail: steffen-claudio.lemme.wk03@bundestag.de

CARSTEN SCHNEIDER

www.carsten-schneider.de

Wahlkreis: Erfurt – Weimar – Weimarer Land II
Betreuungswahlkreise: Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis und Greiz – Altenburger Land

Büro Erfurt (Brita Schweitzberger, Frank Schönemann):
Andreasstraße 30, 99084 Erfurt
Telefon: (0361) 2 66 68 15
E-Mail: carsten.schneider.wk@bundestag.de

Büro Weimar (Sven Steinbrück, Peer Bosse):
Graben 11, 99423 Weimar
Telefon: (03643) 7 73 70 00
E-Mail: carsten.schneider.wk02@bundestag.de

LÖHNE UND RENTEN STEIGEN

Ostdeutsche Rentner erhalten ab dem 1. Juli 2016 ein deutliches Rentenplus von 5,95 Prozent und damit mehr als ihre westdeutschen Altersgenossen, deren Einkünfte um 4,25 Prozent steigen werden. Der Grund hierfür ist vor allem die positive Lohnentwicklung im Jahr 2015. Die durchschnittlichen Bruttolöhne sind seit Einführung des Mindestlohns in Thüringen um 4,2 Prozent gestiegen, was im Durchschnitt für jede Arbeitnehmerin und jeden Arbeitnehmer 105 Euro mehr bedeutet.

THÜRINGEN GIBT WAHLKREIS AB

Thüringen wird einen Bundestagswahlkreis an Bayern abgeben. Grund dafür ist die Bevölkerungsentwicklung in den beiden Bundesländern. Einen faden Beigeschmack behält der Prozess: Nur durch eine Nachprüfung fiel das Los auf den Freistaat, eigentlich sollte das Land Hessen einen Wahlkreis abgeben. Die Vertretung der Thüringer Interessen in Berlin wird durch die Entscheidung erschwert.

FÖRDERUNG DES BREITBANDAUSBAUS

Beste Startbedingungen für High-Speed-Internet in der Gemeinde Rhönblick: Das Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur fördert die Planung des Breitbandausbaus mit einem Startvolumen von 50.000 Euro. Der Betrag soll für wichtige erste Konzeptionen und die Erstellung von Antragsunterlagen genutzt werden. Damit hat die Gemeinde gute Chancen, später von weiteren Zuschüssen in Höhe von bis zu 15 Millionen Euro zu profitieren.

GELD FÜR BILDUNG UND KULTUR

Aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sport-Jugend- und Kultureinrichtungen" erhält Bad Frankenhausen für das Kyffhäuser-Gymnasium 4 Millionen Euro und Greiz 1,2 Millionen Euro für eine Begegnungsstätte im Gründerhaus. Bundesweit gab es 960 Bewerbungen für die 140 Millionen Euro Bundesmittel. Der Freistaat wurde damit bei dem Programm überdurchschnittlich berücksichtigt.

NEUER BUNDESVERKEHRSWEGEPLAN

38 Projekte stehen für Thüringen auf der Projektliste des neuen Bundesverkehrswegeplans im Vordringlichen Bedarf, darunter die B 247 um Mühlhausen, Höngeda, Großengottern und Kallmerode, die Ortsumfahrungen Greußen, Weimar-Ost und Meiningen. Bis 2030 sollen diese Projekte fertig gestellt werden. Seit dem 21. März läuft eine sechswöchige öffentliche Beteiligungsphase zum neuen Bundesverkehrswegeplan. Danach folgen der Kabinettbeschluss und die parlamentarischen Beratungen.

IMPRESSUM HERAUSGEBER: IRIS GLEICKE, STEFFEN-CLAUDIO LEMME, CARSTEN SCHNEIDER; ANSCHRIFT: PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN; DRUCK: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION; REDAKTIONSSCHLUSS: 25. APRIL 2016